

## Diskussion: Wohin mit dem radioaktiven Müll?

vom 13. März 2015

Aus der Redaktion der Elmshorner Nachrichten

Diskussion mit Landesumweltminister Robert Habeck (Grüne) in Elmshorn. Mehr Ehrlichkeit beim Thema Endlagersuche gefordert.

ELMSHORN | Vier Jahre sind seit der Reaktorkatastrophe in Fukushima vergangen. „Immer noch lebt ein großer Teil der Japaner in Notunterkünften und hat keine Perspektive mehr“, sagte Werner Noack vom Ortsverband der IG Metall Unterelbe während einer Mahnwache am Alten Markt in Elmshorn am Mittwochabend. Weitere Redner folgten mit Kritik an der Atompolitik, bezeichneten den Ausstieg aus der Atomenergie in Deutschland als zu langsam und zeigten Unmut über die bisherigen Lösungsvorschläge zur Zwischen- und Endlagerung des Atommülls.

Dutzende Menschen waren zur Mahnwache gekommen, zündeten für die Opfer von Fukushima Kerzen an und legten eine Schweigeminute ein. Anschließend strömten viele von ihnen in den Kollegiumssaal des Elmshorner Rathauses, um Schleswig-Holsteins Umweltminister Robert Habeck (Grüne) in der Diskussion mit Ulrich Wollenteit und Peter Dickel zu erleben. Wollenteit ist Rechtsanwalt und Vertreter in einem Gerichtsverfahren gegen das Zwischenlager Brunsbüttel vor dem Oberverwaltungsgericht (OVG) Schleswig. Dickel vertritt als Sprecher die Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad.

Habeck ist Mitglied der Endlagersuchkommission, die die Vorschläge für die Entscheidungsgrundlagen wie Sicherheitsanforderungen im späteren Standortauswahlverfahren zu erarbeiten hat. Ziel der Kommission ist es, einen Ort zu finden, an dem Atommüll mindestens eine Million Jahre lang sicher gelagert werden kann. „Ich kann nur begrüßen und nach Kräften unterstützen, das Risiko der Atomkraftwerke und die Forderung schneller auszusteigen, klar zu formulieren“, sagte Habeck. Den Fortschritt der Endlagerkommission bezeichnete er als Schnecken tempo. Ebenso wisse er, dass das Ziel der Bundesregierung, bis 2031 ein deutsches Endlager gefunden und bis 2050 fertiggestellt zu haben als „sehr ambitioniert“. Es solle jedoch nicht auf Zeit gespielt und weiteren Generationen diese Frage überlassen werden, sagte Habeck. Auch habe er die Bundesregierung aufgefordert, gegen Subventionen für neue Atomkraftwerke in Europa vorzugehen.

Wollenteit nannte den Zeitplan der Endlagersuchkommission „völlig illusorisch“ und forderte mehr Ehrlichkeit gegenüber der Bevölkerung. „Aus meiner Sicht gibt es keine Alternative, als die Zwischenlager länger zu halten.“ Peter Dickel sagte zudem: „Das Endlager, wo der Müll nicht mehr herausgeht, wird es nicht geben.“ Man könne nur einen Ort finden, wo der Abfall „möglichst lange möglichst trocken und mit möglichst geringem Austritt“ bleibe. Wichtig sei es, so Wollenteit, die Suche ergebnisoffen anzugehen.

Die Liste der angesprochenen Probleme war lang. Immer wieder drehte sich die Diskussion um die Sicherheit der deutschen Atomkraftwerke und der umstrittenen Lagerplätze von radioaktivem Abfall. Moderatorin Marianne Kolter von der Anti-Atom-Initiative im Kreis Pinneberg schloss die Veranstaltung, die in Zusammenarbeit mit dem BUND Kreis Steinburg und Kreis Pinneberg sowie mit Brokdorf-akut organisiert worden war: „Die Situation ist ausgesprochen kompliziert.“

Am 11. März 2011 hat sich um 14.47 Uhr ein Seebeben mit fatalen Folgen für den Staat Japan ereignete. Ein Tsunami überschwemmte das Land. Kurz darauf setzte in den Reaktorblöcken des Atomkraftwerks Fukushima eine Kernschmelze ein und große Mengen radioaktiver Strahlung trat aus. Als Folge kamen Tausende Menschen ums Leben oder wurden verletzt. Noch können etwa 120.000 Menschen nicht in ihre Heimat zurück. Böden und Gewässer um Fukushima sind verseucht. In Deutschland hat der Super-Gau zur Entscheidung geführt, endgültig aus der Atomenergie auszusteigen.

*Autor: Janina Jankowski*